

## Aspekte der ökumenischen Entwicklungsdiskussion

VON MANFRED DREWES

Eine deutsche Journalistin berichtete nach dem Besuch verschiedener kirchlicher Entwicklungsprogramme in Indien, sie habe ein völlig neues Bild von diesem Land vermittelt bekommen. Nicht mehr die schier unlösbaren politischen und wirtschaftlichen Probleme dieses Subkontinents seien bestimmend für ihr „Indienbild“, sondern sie habe durch die Begegnung mit engagierten Menschen zum ersten Mal den Eindruck gewonnen, daß es vorangehe in diesem Land. – Den ökumenischen Beitrag zur weltweiten Entwicklungsbemühung kann man auch nur darstellen, indem man von den vielen Projekten und Programmen erzählt, in denen Menschen in Asien, Afrika und Lateinamerika – nicht selten unterstützt durch finanzielle Hilfe von Christen aus reichen Ländern – Hand anlegen, um die Lebensbedingungen ein wenig zu verbessern. Das mag im Rahmen von medizinischen Programmen oder Ausbildungsprojekten geschehen, die vor langer Zeit von Missionaren begonnen worden sind oder durch den Aufbau einer Selbsthilfeorganisation in den Elendsvierteln einer Großstadt, durch Mütterberatung oder durch die Installation einer Bewässerungsanlage. Allein die Hilfswerke der evangelischen Kirchen in Deutschland bearbeiten mehr als tausend derartiger Projektanträge in einem Jahr.

In diesem Aufsatz kommt diese Perspektive zu kurz, da versucht werden soll, einigen Einwirkungen und Kräften im „Magnetfeld Ökumene“ nachzuspüren, die die konzeptionelle Entwicklungsdiskussion bestimmt haben.

Es kann sich dabei nur um eine subjektive Auswahl handeln. Gewisse Zuspitzungen und persönliche Beurteilungen sind gewollt und wohl auch dem Gegenstand und dem Bezugsrahmen angemessen: Keiner ist heute in der Lage, allgemeingültig festzulegen, was Entwicklung sei. Die ökumenische Bewegung zeichnet sich dadurch aus, breitgefächerte Urteilsbildungsprozesse zu ermöglichen. Enzykliken sind ihr fremd.

### *1. Von spontaner Nothilfe für Europa zu weltweiter ökumenischer Diakonie*

Als Dr. Visser 't Hooft, der Generalsekretär des im Aufbau befindlichen Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK), im Februar 1946 dem „Vorläufigen Ausschuß“ seinen Bericht vortrug und auf die Notwendigkeit zu sprechen kam, die

Programme zwischenkirchlicher Hilfe fortzusetzen und auszubauen, sagte er, daß der Genfer Stab bereit sei, diese Aufgabe nicht nur in Dankbarkeit, sondern auch „mit Furcht und Zittern“ anzupacken. Damals ging es in erster Linie um Dienst an den Kriegsgefangenen, um Flüchtlingshilfen und um kirchliche Aufbauprogramme im kriegszerstörten Europa. Er fragte dann weiter: „Ist es nicht ein utopischer Traum, die Kirchen in den gebenden und nehmenden Ländern dazu zu bringen, die Nöte der Kirche Christi als eine umfassende Aufgabe zu sehen und loyal zusammenzuarbeiten, damit sichergestellt wird, daß jeder das bekommt, was er benötigt?“<sup>1</sup> Diese Frage konnte damals nicht beantwortet werden. Nach mehr als 30jähriger Erfahrung im Bereich der ökumenischen Diakonie wird man zumindest sagen können, daß mit den Christen gerechnet werden kann, wenn es darum geht, akute Notstände zu lindern und daß innerhalb der ökumenischen Familie die Bereitschaft zu einer sachgerechten Kooperation vorhanden ist. Das Ziel allerdings, einen annähernd gerechten Ausgleich zwischen denen zustande zu bringen, die auf dieser Welt im Wohlstand leben, und denen, die unterhalb des Existenzminimums vegetieren, ist trotz einer erheblichen Ausweitung der damals begonnenen Hilfsprogramme in unerreichbare Ferne gerückt. Zwar konnte der Wiederaufbau Europas bewerkstelligt werden, doch ist die zunehmende Verelendung der Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas eine unbezweifelbare Tatsache.

In der ökumenischen Bewegung hat es schon früh Stimmen gegeben, die auf die neuartige Qualität der sich in der Dritten Welt abspielenden sozio-ökonomischen Prozesse hingewiesen haben. Nicht zuletzt das 1955 begonnene Studienprogramm über den „raschen sozialen Umbruch“ bot Gelegenheit, diese Einsichten auf den Begriff zu bringen. Von besonderer Bedeutung wurde dabei die Analyse der Schlüsselprobleme der Länder Asiens, die unter dem Einfluß von westlicher Technologie, Erziehung und Religion und im Zuge der sich ausweitenden Industrialisierungs- und Verstädterungsprozesse tiefgreifenden gesellschaftlichen Veränderungen ausgesetzt waren. Die damit einhergehende Zerstörung hergebrachter Lebensweisen und Verhaltensnormen mußten zu einer Verunsicherung der beteiligten Menschen führen mit der Gefahr, die neugewonnene Verantwortung nicht realisieren zu können.<sup>2</sup>

Es würde zu weit führen, die einzelnen Ergebnisse dieses Studienprogramms hier zu referieren. Wichtig ist festzuhalten, daß die Frage, inwieweit die westlichen Kirchen durch konkrete Unterstützungsprogramme die Folgen des raschen sozialen Umbruchs beeinflussen könnten, fast keine Rolle gespielt hat. Dies mag damit zusammenhängen, daß dieses Programm in erster Linie darauf aus war, die Voraussetzungen zu klären, unter denen Christen Asiens und Afrikas sich aus der Rolle befreien konnten, Objekte der Kirchen des Westens zu sein und

zu selbständigen Subjekten innerhalb der weltweiten Christenheit zu werden;<sup>3</sup> vergleichbar mit den Bestrebungen im säkularen Bereich etwa durch die Konferenz der blockfreien Staaten in Bandung. Im Vordergrund stand das Bemühen, authentische politische Konzepte zu formulieren. Das Modell des dynamischen und demokratischen Sozialismus nach indischem Muster wurde von den asiatischen Teilnehmern als Leitbild durchgesetzt.

Diese Akzentuierung mußte den Widerspruch, vor allem westlicher Theologen, hervorrufen.

Die Diskussion darüber ist bis heute nicht abgeschlossen. Allgemein akzeptiert ist der missionarische Auftrag, wenn auch in einer den heutigen Bedürfnissen und Erfordernissen angepaßten Form. Unbestritten ist auch die „neue Dimension des seelsorgerlichen Auftrags der Kirchen in Konfliktsituationen“.<sup>4</sup> Was aber das entwicklungspolitische Engagement angeht, so läßt sich eine eigentümliche „Rollenunsicherheit“ auf den verschiedenen Ebenen der ökumenischen Entscheidungsgremien nachweisen. Die Gründe sind nicht leicht zu identifizieren. Es soll versucht werden, einige anzudeuten: Zunächst einmal gibt es eine theologisch begründete Skepsis gegenüber dem „kirchlichen Aktionismus“ in sozialen, karitativen, diakonischen Aufgabenbereichen, die sich nicht zuletzt in der Auseinandersetzung mit den Vertretern des „Social Gospel“ entwickelte. In die gleiche Richtung zielt die immer wieder zu hörende Warnung, angesichts der Größe und Vielschichtigkeit der Entwicklungsproblematik begrenzte kirchliche Kräfte nicht zu verschleifen. Nur staatliche Stellen, internationale Organisationen oder die private Großwirtschaft verfügen nach dieser Anschauung über Potentiale, die Entwicklungsprozesse in Gang setzen können. Schon auf der Vollversammlung in Amsterdam 1948 hatte Karl Barth davor gewarnt, einen „christlichen Marshallplan“ einrichten zu wollen. Schließlich wurden Vertreter der Mission nicht müde, aufgrund ihrer Erfahrungen auf die Probleme hinzuweisen, die sich in dem Augenblick ergeben, wo kirchliche Organisationen die direkte Verantwortung für die Planung, Durchführung und finanzielle Absicherung von Entwicklungsprogrammen zu übernehmen haben. Bischof Newbigin, damals Bischof in Südindien, stellte in diesem Zusammenhang folgende Fragen:

„1. Der in Afrika und Asien herrschende Drang zu rascher technischer Entwicklung setzt die direkt betroffenen Völker einer besonderen psychischen Belastung aus. Eben erst von der politischen Herrschaft des Westens befreit, sehen sie sich um der technischen Entwicklung willen einer erneuten Abhängigkeit vom Westen gegenüber.

2. Diese sog. ‚Entwicklung‘ bedeutet für die Menschen in Asien und Afrika, ihre bis heute gültigen traditionellen religiösen und kulturellen Werte durch eine neue Wertordnung ersetzen zu müssen. Eine Beteiligung an der Entwicklungs-

arbeit verwickelt wahrscheinlich auch die Kirche in diesen Prozeß und erschwert ihre kritische und unabhängige Stellung gegenüber all diesen Wertsystemen.

3. Wenn die Entwicklungshilfe als Ersatz für die Missionsaufgabe angesehen wird, ist das ein Abweichen von der wahren Aufgabe der Kirche, das Evangelium zu verkünden und Menschen für den christlichen Glauben zu gewinnen.“<sup>5</sup>

Die Vertreter der ökumenischen Diakonie versuchten in dieser Zeit, die Besonderheit ihres Auftrages zu begründen. In einer Beschreibung der Aktion „Brot für die Welt“ heißt es etwa: „Ebensowenig, wie die Aktion politische Zwecke verfolgt, hat sie vordergründige oder hintergründige missionarische Ziele. Sie ist bemüht, sich von allem Zweckdenken freizuhalten. Sie geschieht nicht, um die Menschen für etwas Bestimmtes zu gewinnen. Sie will ihnen vielmehr schlicht helfen. In einer Weltlage, die durch das Hungern von Millionen und aber Millionen Menschen gekennzeichnet ist, stünde ihr eine andere Haltung schlecht zu Gesicht. Die Aktion will weder ‚Brot-Christen‘ noch ‚Reis-Christen‘ werben, sondern in aller Einfalt Christi Gebot ‚Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst‘ praktizieren. Daß sie damit ein wirksames Tatzeugnis ablegt für den Glauben der evangelischen Christen im Sinne des Satzes ‚An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen‘, ist außer Zweifel.“<sup>6</sup>

Dr. Visser 't Hooft formulierte einen vermittelnden Standpunkt: „Wir dürfen natürlich nie die Gründe, warum wir uns der diakonischen Arbeit widmen, zu verbergen suchen, und müssen allzeit bereit sein, unseren Glauben zu bekennen, wenn wir danach gefragt werden. Wir sollten ein schlechtes Gewissen haben, wenn wir nicht jede gute Gelegenheit benutzen, die uns gegeben ist, das Evangelium zu verkündigen. Aber wir sollten kein schlechtes Gewissen haben, wenn wir lange auf eine Gelegenheit dieser Art warten müßten, oder wenn sie nie käme.“<sup>7</sup>

Die bis heute nachwirkende Unsicherheit des Weltrates in Sachen Entwicklungengagement hat wohl auch damit zu tun, daß die Abteilung für Zwischenkirchliche Hilfe, Flüchtlings- und Weltdienst (CICARWS) nicht in der Lage war, ein adäquates Verhältnis zu den Dynamiken zu finden, die durch die Hilfswerke der Mitgliedskirchen ausgelöst wurden, nachdem diese in den 50er Jahren in der Dritten Welt tätig wurden. Ein Grund ist in der Auseinandersetzung zwischen dem ÖRK und dem Internationalen Missionsrat (IMC) zu suchen. Auf der Vollversammlung in Evanston 1954 wurde CICARWS offiziell beauftragt, die Arbeit auch auf Asien, Afrika, Lateinamerika auszuweiten. Hierdurch wurden lange Verhandlungen zur Abgrenzung der Aufgabenbereiche gegenüber der Arbeit des IMC und der Missionsgesellschaften ausgelöst. Das Ergebnis waren die sog. „Herrenalb“-Kategorien, die im wesentlichen besagten, daß der ÖRK nur in Notständen eingreifen sollte und nur

dort, wo keine Missionsgesellschaft zuständig bzw. überfordert war.<sup>8</sup> Diese Querelen führten dazu, daß die Hilfswerke ihre eigenen Dialog- und Arbeitsstrukturen mit Projektpartnern in Übersee aufbauten mit dem Ergebnis, daß bis heute bis zu 90% der praktischen Projektarbeit bilateral abgewickelt wird, ohne Mitwirkung von CICARWS. Auch ist es bisher nicht gelungen, sich mit konstruktiven konzeptionellen Anregungen in diese bilateralen Kooperationsprozesse einzuschalten. Die Mitarbeiter von CICARWS haben sich im wesentlichen darauf beschränkt, die Arbeit der kirchlichen Hilfswerke in kritischer Distanz zu kommentieren. Erst in jüngster Zeit werden umfassende Programmplanungen für bestimmte Länder versucht. Das könnte dazu führen, daß CICARWS bisher nicht wahrgenommene Funktionen im Blick auf die Koordination und inhaltliche Abstimmung des Gesamtspektrums kirchlicher Entwicklungsbemühungen übernimmt.

## *2. Die ökumenische Diskussion im Verlauf der „Ersten Entwicklungsdekade“*

Die Entwicklungsprobleme der Länder Afrikas, Asiens, Lateinamerikas wurden das beherrschende Thema der ökumenischen Diskussion in den 60er Jahren. Das herausragendste Ereignis dieser Jahre war für die ökumenische Familie die Weltkonferenz für Kirche und Gesellschaft 1966 in Genf. Sie war gekennzeichnet von harten Kontroversen zwischen den Vertretern aus der Dritten Welt und denen aus Industrienationen.

Hauptredner war Professor Tinbergen, der von der These ausging, daß es keinen automatischen Mechanismus gebe, um das Wohlstandsgefälle zwischen reichen und armen Gruppen und Ländern auszugleichen. Deshalb forderte er eine weltweite Wirtschaftsplanung, um die Kluft in möglichst kurzer Zeit zu überwinden.

Dieses Ziel sollte erreicht werden durch die Steigerung der Investitionen der Industrienationen in den Ländern der Dritten Welt, durch Abbau von Handelsbeschränkungen gegenüber Rohstoffen und Fertigwaren aus Entwicklungsländern, durch die Regulierung des Rohstoffmarktes auf internationaler Ebene und die Veränderung der Sozialstruktur innerhalb der Entwicklungsländer. Damit folgte er im wesentlichen den Zielvorstellungen von UNCTAD I.

Die heftigste Kritik an diesen Überlegungen kam von den lateinamerikanischen Tagungsteilnehmern: Sie verstanden die de facto koloniale Abhängigkeit Lateinamerikas vom internationalen Kapitalismus als das wichtigste Strukturelement der Unterentwicklung. Sie argumentierten in erster Linie politisch und wehrten sich dagegen, Politik und Ökonomie zu trennen, „denn Entwicklung ist ein Weg zur Verwirklichung von Gerechtigkeit, aber wir dürfen nicht vergessen,

daß sie auch einen Weg zur Verwirklichung von politischer Unabhängigkeit darstellt“.<sup>9</sup>

Der hier deutlich werdende grundsätzliche Unterschied im Blick auf das Verständnis der Gründe für Unterentwicklung und der Instrumente zu ihrer Überwindung gehört auch heute noch zu den heißen Themen in der ökumenischen Entwicklungsdiskussion. Tinbergen glaubte an die *Kraft politischer Vernunft* und rationaler Planung. Von den Kirchen forderte er, durch eine bewußte Öffentlichkeitsarbeit das politische Klima für eine rationale Weltordnung zu schaffen, „... die lateinamerikanischen Vertreter gingen demgegenüber aus von der faktischen Zerstörung des parlamentarisch-demokratischen Willensbildungsprozesses und sahen deshalb allein in der Bewußtseinsänderung und Mobilisierung *der Massen* die Voraussetzungen gegeben – unter Mithilfe der Kirchen – den notwendigen politischen Druck zu entwickeln, um die gegenwärtige Unterentwicklung zu durchbrechen“.<sup>10</sup>

Die Genfer Konferenz löste innerhalb der Ökumene einen vielschichtigen Diskussionsprozeß aus. In einer Reihe von regionalen Nachkonferenzen sollte versucht werden, das formulierte Entwicklungsverständnis im jeweiligen Kontext zu überprüfen. Dasselbe wurde versucht im Dialog mit christlichen Unternehmern, mit Marxisten und schließlich im Rahmen einer Konsultation in Sagorsk, an der in erster Linie Theologen und Sozialethiker teilnahmen.

Von besonderer Bedeutung wurde die Konferenz von Beirut (21. bis 27. April 1968). Es handelte sich dabei um die erste gemeinsame Veranstaltung des im Januar 1968 gegründeten „Ausschusses für Gesellschaft, Entwicklung und Frieden“ (SODEPAX). Den Vorsitz der Konferenz führte Professor Tinbergen. Stark vertreten waren Vertreter internationaler Organisationen und Regierungen, dagegen fehlten z.B. die Vertreter der lateinamerikanischen Gruppe, die auf der Konferenz 1966 in Genf die bisherigen Entwicklungskonzepte grundsätzlich in Frage gestellt hatten. So konnte es nicht ausbleiben, daß der kritische Ansatz von Genf 1966 nicht aufgenommen wurde, sondern daß die Probleme der Entwicklungsländer wieder als eine mit wirtschaftlichen und technischen Mitteln zu lösende Aufgabe gesehen wurden.

### 3. Die Vollversammlung des ÖRK in Uppsala 1968 – und ihre Folgen

Obwohl sich nur zwei der sechs Sektionen mit sozialen Fragestellungen befaßten, standen sowohl die Teilnehmer als auch die Öffentlichkeit unter dem Eindruck, daß „Entwicklung“ das beherrschende Thema der gesamten Konferenz war. Vor allem jugendliche Delegierte sorgten dafür, daß die Frage der praktischen Umsetzung bekannter Entwicklungsstrategien thematisiert wurde.

In der Beurteilung der ersten Entwicklungsdekade waren sich alle Redner einig. Der Präsident von Sambia, Kenneth Kaunda, formulierte: „Es war ein Jahrzehnt der Enttäuschung und Desillusionierung.“

Angesichts dieser deprimierenden Grundstimmung wurden verschiedene richtungweisende Ansätze angeboten. Barbara Ward sah den Hauptgrund für Unterentwicklung in den unkorrigierten Marktmechanismen im Welthandel. Sie wollte das ungezügelte freie Wirtschaftssystem verändern in Richtung auf eine Ordnung mit sozialen und politischen Regulierungsmechanismen, die von den Industrienationen akzeptiert werden müßten. Sie wollte nationale Strukturpolitik auf die Weltwirtschaft übertragen. Den Entwicklungsländern empfahl sie, regionale Entwicklungsstrategien zu entwickeln. Große Hoffnung setzte sie auf die „Grüne Revolution“ als einer Möglichkeit, das Welternährungsproblem zu lösen.

Professor Parmar aus Indien stellte die Vorschläge von Barbara Ward grundsätzlich in Frage, nämlich den Modellcharakter des Wohlfahrtsstaates westlicher Prägung, die Möglichkeit seiner Ausdehnung auf die Weltebene und die Ansicht, daß auf technischen Fortschritt automatisch eine soziale Revolution folgen müsse. Auch er beschrieb die Vision von der „Einen Welt“; darin sollten Ordnungsmechanismen zum Tragen kommen, die zugunsten der Schwachen wirken, für Ausgleich sorgen und eine eigenverantwortliche Lebensgestaltung ermöglichen. Behindert wird nach seiner Meinung die Realisierung dieses Konzepts durch die sozio-kulturellen und sozio-ökonomischen Strukturen und Verhaltensmuster der Industrienationen. Für ihn sind nicht die armen Länder das Problem, sondern die reichen. Er bejaht strukturelle Veränderungen in den Entwicklungsländern, aber nicht eine Angleichung an westliche Modelle.

Zu den wichtigsten entwicklungspolitischen Ergebnissen der Vollversammlung in Uppsala gehört die Forderung, strukturelle Veränderungen in den Entwicklungsländern herbeizuführen, um Unterdrückung und Ausbeutung abzubauen; ungerechte Handelsbedingungen zu beseitigen und übernationale Organisations- und Planungsinstrumente einzurichten, um den Marktmechanismus zu regulieren; die Rüstungsausgaben in den Industrieländern zu begrenzen, und schließlich wurden die Kirchen und die einzelnen Christen aufgefordert, sich für eine systematische Überwindung der Ungerechtigkeit in der Weltwirtschaft einzusetzen und nicht nur „paternalistische Wohltätigkeitsprogramme“ in Übersee zu finanzieren. Den Kirchen wurde empfohlen, „einen solchen Teil ihres regulären Einkommens für Entwicklung zur Verfügung zu stellen, daß er ein wirkliches Opfer darstellt“.<sup>11</sup>

Nach Beendigung der Vollversammlung stand für die Leitungsgremien des Ökumenischen Rates fest, daß es nun darauf ankomme, die „Appelle von

Uppsala“ in praktische Konsequenzen umzusetzen. Zur Klärung dieser Frage beauftragte der Zentralauschuß den Stab, eine Weltkonsultation über ökumenische Entwicklungsförderung einzuberufen, die dann vom 26. bis 31. Januar 1970 in Montreux durchgeführt wurde.

Die Konsultation verabschiedete die Empfehlung, daß die Kirchen einen Betrag von mindestens 2% ihrer gesamten ordentlichen Einnahmen als ihren Beitrag zur Entwicklungsförderung anerkennen sollten. 25% dieser Entwicklungsgelder sollten für Bildungsprogramme, Öffentlichkeitsarbeit und politische Aktionen in den wohlhabenden Ländern verwendet werden. Dann wurde vorgeschlagen, einen großen Teil dieser neuen Finanzmittel für einen „Weltentwicklungsfonds“ bereitzustellen, in den bis 1970 mindestens 10 Millionen Dollar eingezahlt werden sollten. Es sollten strukturelle Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß über die Verwendung dieser Gelder die „Nehmerseite“ befinden kann. Schließlich wurde die Bildung einer „Kommission für Kirchlichen Entwicklungsdienst“ (CCPD) empfohlen.

Im Blick auf die verschiedenartigen Vorstellungen zum Entwicklungsbegriff einigten sich die Teilnehmer dieser Konsultation darauf, daß Entwicklung als ein Befreiungsprozeß gesehen werden müsse, gerichtet auf drei eng miteinander verzahnte Ziele, nämlich soziale Gerechtigkeit (social justice), Eigenständigkeit (self-reliance), wirtschaftliches Wachstum (economic growth). Damit wurde deutlich gemacht, daß Entwicklungsförderung nicht in einem luftleeren Raum passiert, sondern an bestimmte Rahmenbedingungen gebunden ist. Sind diese ungerecht oder fremdbestimmt, so werden Entwicklungshilfemaßnahmen nur Ungleichheit vergrößern und die Ausbeutung der Schwachen erhöhen. Entwicklung kann sich also nicht nur auf technische Aspekte beschränken, sondern muß Veränderung von Strukturen bewirken. Von entscheidender Bedeutung in diesem Konzept ist die Beteiligung der unmittelbar Betroffenen (people's participation). Implizit wurde mit diesem Konzept die Vorstellung aufgegeben, als könne man die Prozesse, die zu Unterentwicklung und Ausbeutung führen, durch Appelle an die politischen Entscheidungsträger ändern. Geändert werden kann nur etwas, wenn die marginalisierten und verelendeten Menschen ihr Schicksal in die eigenen Hände nehmen. Die Kirche kann helfen, daß diese Menschen ihre Lage und ihre Möglichkeiten erkennen (durch conscientization), sie kann den Aufbau von Selbsthilfeorganisationen unterstützen (organization) und schließlich praktische Hilfsmittel zur Verfügung stellen (capacitation). Keine Frage: Hier wird die Ebene theoretisch-analytischer Reflexion verlassen, hier wird eindeutige Parteinahme für die Armen und Unterdrückten gefordert, d. h. es geht um nichts weniger als um die aktive Teilnahme an einem

politischen Kampf, gerichtet gegen Willkür und Zynismus und für das Lebensrecht sowie die Menschenwürde der Armen und Ausgeschlossenen.

Die praktische Umsetzung dieser Konzeption erfolgte im Rahmen des Programms der Kommission für Kirchlichen Entwicklungsdienst, nachdem diese ihre Arbeit aufgenommen hatte, in vielfältiger Weise. Ein weltweites Kontaktnetz mit kirchlichen Selbsthilfebewegungen wurde geknüpft. Besonders intensive Zusammenarbeit ergab sich mit ausgesuchten „counterpart-Gruppen“ in Indonesien, Indien, Äthiopien, Kamerun, in der Karibik, Uruguay und seit einiger Zeit in Guinea-Bissau. Alle Gruppen werden regelmäßig mit Dokumentationen und Unterrichtsmaterial versorgt. Spezielle Ausbildungs- und Fortbildungsseminare für „Akteure der Veränderung“ werden organisiert und technische sowie finanzielle Hilfen zur Verfügung gestellt. Da, wo Partner bereit und in der Lage sind, umfassende und längerfristige Entwicklungsprogramme in Angriff zu nehmen, wird versucht, die Hilfswerke der Mitgliedskirchen einzuschalten. Im Blick auf Art und Ablauf der Kooperation wurden Spielregeln entwickelt, die sowohl auf Geber- als auch auf Nehmerseite akzeptiert werden müssen. Für diese Form der Zusammenarbeit hat sich der nicht ganz glückliche Begriff des „Konsortiums“ eingebürgert. Zu den Regeln gehört, daß die letzte Entscheidungsbefugnis über Art und Ausrichtung von Projekten und Programmen bei den Verantwortlichen in den Entwicklungsländern liegt. Aber jeder Teilnehmer am Konsortium hat die Möglichkeit, seine Ratschläge oder seine Kritik einzubringen. Auf diese Weise soll dafür gesorgt werden, daß die Eigenverantwortlichkeit der unmittelbar Betroffenen gewährleistet ist, daß aber auch realistische Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß Programme mit der nötigen Fachkompetenz begleitet und finanziell abgesichert werden können.

Das umfangreiche Studienprogramm der Kommission war ebenfalls vordringlich darauf gerichtet, die Hintergründe und Verursachungsfaktoren der Verelendungsprozesse in der Dritten Welt zu analysieren. Dazu gehört z. B. eine umfangreiche Studie über die „Strukturen der Armut in der Dritten Welt“. In dieser Studie konnte nachgewiesen werden, daß die traditionelle Vorstellung, Wirtschaftswachstum käme allen Teilen der Bevölkerung irgendwann zugute, nicht den Tatsachen entspricht. Anhand mehrerer Fallstudien werden sozio-ökonomische Mechanismen untersucht, die Verarmung und Marginalisierung verursachen.

In vergleichbarer Weise wurde in der Studie „Über Herrschaft und Abhängigkeit“ die Auswirkung politischer und ökonomischer Machtkonzentrationen auf den Entwicklungsprozeß durchleuchtet und bewertet.

In Verfolg eines Auftrags der Vollversammlung von 1975 in Nairobi wurde die Fragestellung aufgegriffen, inwieweit das Streben nach einer „Neuen Welt-

wirtschaftsordnung“ für die Kirchen relevant ist. In diesem Zusammenhang soll auch untersucht werden, inwieweit die Transnationalen Konzerne Entwicklungsprozesse behindern oder voranbringen.

Von besonderer Bedeutung sind die theologischen Studien zum Engagement der Kirchen und Christen für eine weltweite soziale Gerechtigkeit als Prüfstein für die Glaubwürdigkeit der Jünger Jesu Christi. Vor nicht allzu langer Zeit ist der erste Teil einer dreibändigen Untersuchung über „Die Kirche und die Armen“ erschienen.

Diese Studie wird die Frage zu beantworten versuchen, unter welchen Voraussetzungen und mit welchen Mitteln die Kirchen einen Beitrag zur Entwicklung – verstanden als Befreiungsprozeß der Armen – leisten können. Auf der zweiten Entwicklungskonsultation des ÖRK 1975 (wieder in Montreux) stand diese Frage bereits im Mittelpunkt der Diskussion.

Im Bericht der Arbeitsgruppe I dieser Konsultation heißt es: „Jesus Christus offenbart die Gerechtigkeit Gottes auch in der Parteinahme für die Armen, und wir müssen die Frage stellen, ob die Kirche Kirche sein kann, wenn sie sich nicht mit den Armen identifiziert. Einige gehen wohl weiter und bestehen darauf, daß die Kirche selbst arm sein muß, um sich mit den Armen identifizieren zu können. Hat die Kirche das Recht, den Armen beizustehen, wenn sie zugleich mit den Unterdrückern verbündet ist? Wie kann sie dann die Gute Nachricht den Armen verkündigen? Welchen Wert hat ihre Entwicklungshilfe, wenn sie für die Mächtigen und die im Überfluß Lebenden Partei ergreift? Wie kann die Kirche, die den Strukturen der Gefangenschaft dient, die zur alten Welt gehören, wie kann diese Kirche befreit werden, das Wort von der Befreiung zu verkünden und ein wahrer Diener der Armen und Unterdrückten zu sein?“

Es wird notwendig sein, die für diese Argumente herangezogenen theologischen Begründungen kritisch zu überprüfen. Das gilt insbesondere für die ekklesiologischen Aspekte. Bedauerlich wäre es allerdings, wenn die Versuche zu einer „Theologie der Befreiung“ oder einer „Theologie der Armut“ vorschnell als utopisch oder schwärmerisch abgetan würden. Kontextuelle Theologie kann nur partikulare Theologie sein und ist von daher gefeit gegen falsche Verabsolutierung. Wer allerdings den „Text“ dieser Theologie kritisieren will, sollte bereit sein, sich der Anstrengung zu unterziehen, den „Kontext“, in dem diese Theologie entstanden ist, zu verstehen. Theologie muß sich verändern, wenn ich die Gelehrtenstube verlasse (und das haben viele Vertreter der „Theologie der Befreiung“ getan) und täglich an eigenem Leibe erfahre, mit welcher Brutalität die herrschenden Eliten ihre Macht ausüben, sei es auf den Hacen-

den in Lateinamerika, den Bergwerken in Südafrika oder den Plantagen in Asien.

Wenn ich das Elend der Massen sehe und gleichzeitig weiß, mit welcher Großzügigkeit Nahrungsmittel verschwendet werden und welche horrenden Summen für Luxuskonsum, Waffenkäufe und nutzlose Prestigeprojekte ausgegeben werden, so kann christlicher Gehorsam nur darin bestehen, sich mit den Ursachen auseinanderzusetzen, die an dieser Malaise Schuld sind.

In Fortführung dieser Gedankengänge ging es auf der Vollversammlung des ÖRK in Nairobi 1975 um ein Entwicklungsverständnis, das daran orientiert ist, ob wirtschaftliche und soziale Anstrengungen darauf gerichtet sind, die Grundbedürfnisse der armen Bevölkerungsschichten zu befriedigen.

Dieses Entwicklungsverständnis verzichtet bewußt auf die Nachahmung sowohl des westlichen als auch des sozialistischen Entwicklungsweges. Es geht um ein Konzept der „eigenständigen Entwicklung“, die eigene Kräfte mobilisiert und nicht daran interessiert ist, inwieweit es gelungen ist, die Kluft zwischen den Industrieländern und den Entwicklungsländern zu verkleinern. Die Vertreter dieses Konzeptes verzichten bewußt auf rasche Erfolge und nehmen in Kauf, daß die Bevölkerung materiell gesehen längere Zeit arm bleibt. Professor Parmar sagte in Nairobi: „Wir müssen einen Entwicklungsbegriff erarbeiten, der uns auch bei relativer Armut Gleichheit und Würde nicht vergessen läßt.“ Auf einer Konsultation der Asiatischen Kirchenkonferenz wurde zur Frage der eigenständigen Entwicklung folgende Empfehlung verabschiedet:

„Auf allen Ebenen müssen wir uns darum bemühen, einheimische Ressourcen wie Land, Arbeitskraft, Finanzen, angepaßte Technologie so anzuwenden, daß Ausbeutung und Abhängigkeit eliminiert werden. Im landwirtschaftlichen Bereich müssen wir dafür sorgen, daß das Los der Bauern durch Landreform, durch Bekämpfung von Aufkäufer-syndikaten, durch den Aufbau von Genossenschaftsprogrammen und anderen Maßnahmen verbessert wird.

Im Blick auf unseren Lebensstil müssen wir auf nicht notwendige Konsum- und Luxusgüter verzichten und einen einfachen und bescheidenen Lebensstil vorleben.

Die Zeit ist gekommen, daß die Kirche sich um die Nöte der Menschen bekümmert, daß sie sich mit ihnen identifiziert, daß sie eigene Ressourcen mobilisiert, z. B. finanzielle Mittel und Fachleute für Entwicklungsprogramme. Soweit wie möglich soll dabei auf die Unterstützung von außen verzichtet werden, falls diese erforderlich ist, sollte sie möglichst in Form von Krediten statt in Form von Zuschüssen entgegengenommen werden.“

#### 4. Elemente eines andersartigen Entwicklungsweges

Abschließend soll versucht werden, Elemente einer „alternativen Entwicklung“ zu skizzieren, ein Konzept, das nicht zuletzt durch die ökumenische Diskussion stimuliert worden ist<sup>12</sup>.

Zunächst geht es darum, eigene Entwicklungsziele zu setzen, d. h. um den Abbau von Außenorientierungen; d. h. es müssen sowohl im Blick auf das, was produziert wird, und hinsichtlich dessen, was verbraucht werden soll, die Bedürfnisse der eigenen Bevölkerung vorrangig berücksichtigt werden.

– Dies würde sich automatisch auch auf den Konsumgütermarkt auswirken. Fehlende Devisen würden verhindern, daß gehobene Verbrauchsgüter oder gar Luxusgüter eingeführt werden. D. h. es würde weniger Autos und Kühlschränke geben, dafür aber genügend Grundnahrungsmittel, Textilien, einfache Wohnungen . . . wahrscheinlich kein Coca-Cola, aber dafür sauberes Trinkwasser.

– Abbau von Außenorientierung muß einhergehen mit der Mobilisierung eigener Kräfte. Hierfür hat sich der englische Begriff „self-reliance“ eingebürgert. Im politischen Programm des tansanischen Präsidenten, Julius Nyerere, ist er zum zentralen Leitbegriff seiner politischen Theorie und Praxis geworden. Er versteht darunter:

„Die Gesellschaft so zu organisieren, daß jeder alles selbst bewältigen kann, und das, was er allein nicht schaffen kann, dadurch zu erreichen versucht, daß er sich mit Gleichgesinnten solidarisiert. Alle Bürger sind zu harter Arbeit verpflichtet und zu bescheidenem persönlichem Lebensstil, damit Kapital gebildet werden kann für die Modernisierung des Produktionsapparates.

Antrieb für wirtschaftliches Tun soll nicht der eigene Vorteil sein, sondern die Verbesserung der Lebensqualität der Gemeinschaft oder der Gruppe. Die Privilegien der Führungsschicht sollen eingeschränkt werden, keiner darf z. B. mehr als ein Haus besitzen oder Einkommen aus unproduktiver Arbeit beziehen.“

– Besonders wichtig in diesem Konzept ist die Dezentralisierung sowohl der politischen als auch der ökonomischen Entscheidungsgewalt. Damit soll vermieden werden, daß sich politische und wirtschaftliche Macht in städtischen Zentren konzentriert und eine Sogwirkung auf die ländliche Bevölkerung ausübt.

– Dezentralisierung würde auch einhergehen mit der Bevorzugung ländlicher Entwicklungsprogramme. Dazu gehört nicht nur die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion, sondern auch die Entwicklung lokaler Märkte, die Förderung von Handwerksbetrieben und Kleinindustrie, die in erster Linie lokale Rohstoffe bzw. landwirtschaftliche Produkte verarbeiten.

– Schließlich gehört zu einer alternativen Entwicklung der Verzicht auf die Einführung hoch-technisierter Produktionsmittel, die nur über den Export oder

durch Verschuldung zu finanzieren sind und auf Dauer in Abhängigkeit führen, weil sie ständig teure Ersatzteillieferungen und die Beschäftigung ausländischer Spezialisten erfordern. Die Devise heißt: Entwicklung von angepasster Technologie, die arbeitsintensiv ist, die sich finanzieren läßt und die auf die jeweils besonderen Gegebenheiten abgestellt ist.

– Entscheidend ist die Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten. Jedes Brachliegen von Arbeitskräften trägt mit zur Armut bei, jeder zusätzliche Beschäftigte aber erhöht das Sozialprodukt. Die Neuorientierung auf diesem Gebiet läßt sich auf die Formel bringen „Entwicklung durch Arbeitsbeschaffung“ anstatt wie bisher „Arbeitsbeschaffung durch Entwicklung“.

– Eine Entwicklung aus eigener Kraft ist nur möglich, wenn sich die unmittelbar Betroffenen bewußt und gemeinsam engagieren. In der Vergangenheit sind viele Fehler gemacht worden, weil man meinte, den Menschen vorschreiben zu können, auf welchem Wege ihr Schicksal verbessert werden könne. Großartige Entwicklungspläne wurden ausgearbeitet, Fachleute wurden ausgebildet, die dafür sorgen sollten, daß diese Pläne in die Praxis umgesetzt würden. Immer wieder mußte man feststellen, daß die eigentlichen Nutznießer solcher Bemühungen entweder nicht zu einer Mitarbeit gewonnen werden konnten oder aber sich gegen die vom Staat eingesetzten „Experten“ stellten. Deshalb erfordert eigenständige Entwicklung viel Zeit, viel pädagogisches Überzeugungsvermögen und viel Fingerspitzengefühl.

Zu Beginn dieses Aufsatzes war davon die Rede, daß es bei der Beurteilung von Problemkomplexen auf die jeweilige Perspektive ankomme. Es bleibt dabei: christliches Entwicklungsengagement wird sich immer auszeichnen durch spontane praktische Hilfen für den in Not geratenen Nächsten. Die Beteiligung an der ökumenischen Diskussion bewahrt vor der Gefahr, es damit genug sein zu lassen und die eigene Befindlichkeit und damit die eigenen Interessen zum Richtpunkt der Orientierung zu machen. Eine derartige Engführung wäre vergleichbar mit dem Zynismus bestimmter „Realpolitiker“, die darauf bedacht sind, das eigene Rettungsboot über Wasser zu halten und diejenigen ihrem Schicksal überlassen, die das Pech haben, den Fährnissen der Natur bzw. „der Verhältnisse“ ausgesetzt zu sein.

Für die Kirche kann es nicht den Ausweg des „rette sich, wer kann“ geben, sondern es geht darum, die Voraussetzungen dafür zu schaffen und die verfügbaren Ressourcen so einzusetzen, daß das Überleben aller gesichert werden kann. Besondere Fürsorge muß dabei den Schwachen und Hilfsbedürftigen gelten.

Nach dreißig Jahren ökumenischer Beteiligung an dem Bemühen um Entwicklung stehen wir erst am Anfang. Wir müssen uns auf lange Zeiträume und wohl auch auf herbe Enttäuschungen einstellen. Sich den Kraftströmen im „Mag-

netfeld Ökumene“ aussetzen, kann dazu helfen, Wegweisung zu finden für Gottes Auftrag an seine Kirche als Zeichen der Hoffnung für diese Welt.

#### ANMERKUNGEN

- <sup>1</sup> The World Council of Churches – Its Process of Formation. Minutes and Reports of the Provisional Committee of the World Council of Churches held at Geneva from February 21st to 23rd 1946, 82.
- <sup>2</sup> Vgl. Karl Heinz Dejung, Die Ökumenische Bewegung im Entwicklungskonflikt 1910–1968, Stuttgart/München 1973, 223.
- <sup>3</sup> Ebd. 287.
- <sup>4</sup> Ebd. 224.
- <sup>5</sup> Zit. nach Leslie Cooke, Entwicklungshilfe der Mitgliedskirchen des Ökumenischen Rates der Kirchen, in: Entwicklungspolitik – Handbuch und Lexikon, Stuttgart/Berlin 1966.
- <sup>6</sup> Bernhard Ohse, „Brot für die Welt“ als Teil ökumenischer Diakonie, in: Die Kirche in den Entwicklungsländern, herausgegeben von S. von Kortzfleisch, Stuttgart 1961, 53.
- <sup>7</sup> Zit. nach Karl Heinrich Rudersdorf, Das Entwicklungskonzept des Weltkirchenrates, Verlag der SSIP-Schriften, Saarbrücken 1975, 128.
- <sup>8</sup> Vgl. ebd. 149.
- <sup>9</sup> Dejung, a.a.O. 335.
- <sup>10</sup> Ebd. 337.
- <sup>11</sup> Vgl. Uppsala spricht – Sektionsberichte des ÖRK, Genf 1968, 53.
- <sup>12</sup> Diese Darstellung wiederholt im wesentlichen Teile eines früheren Aufsatzes von mir: „Der Wohlstand tröpfelt nicht nach unten“ in: der überblick 2/77, 41.

## Rechenschaft über die ökumenische Hoffnung

VON EDMUND SCHLINK

Bei dem Rückblick auf die Geschichte des Ökumenischen Rates der Kirchen kann nicht übersehen werden, daß das Thema seiner 2. Vollversammlung in Evanston 1954 „Christus die Hoffnung der Welt“ lautete und daß das Thema der christlichen Hoffnung in den letzten Jahren in der Studienarbeit der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung wieder aufgenommen worden ist. So liegt es nahe, die Fragestellungen und Ergebnisse der Weltkirchenkonferenz in Evanston und die der Faith and Order-Kommission miteinander zu vergleichen. Dabei sei vorangeschickt, daß es sehr sinnvoll ist, wenn in der ökumenischen Arbeit dasselbe Thema nach Ablauf mehrerer Jahre erneut zum Gegenstand spezieller Studien gemacht wird, weil so der ökumenische Konsensus vertieft und die Veränderungen der Weltsituation ernst genommen werden können.